



## Kurzprotokoll der 46. Sitzung

### **Ausschuss für Kultur und Medien**

Berlin, den 8. November 2023, 14:30 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Sitzungssaal 3.101

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 4**

Gemeinsame Sitzung mit Mitgliedern des  
georgischen Parlaments

Grundsätze und Strukturen der Kulturförderung in  
Deutschland und Georgien

### **Tagesordnungspunkt 2**

**Seite 19**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der  
Deutschen Einheit 2023**

**BT-Drucksache 20/8600**

**Federführend:**

Wirtschaftsausschuss

**Mitberatend:**

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gesundheit

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und  
Kommunen



Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

**Berichterstatter/in:**

Abg. Katrin Budde [SPD]  
Abg. Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]  
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
Abg. Thomas Hacker [FDP]  
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]  
Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

**Tagesordnungspunkt 3**

**Seite 19**

Entschließungsantrag der Abgeordneten Sören Pellmann, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**

**- Drucksache 20/8600 -**

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2023**

**BT-Drucksache 20/8868**

**Federführend:**

Wirtschaftsausschuss

**Mitberatend:**

Sportausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Gesundheit  
Verkehrsausschuss  
Ausschuss für Tourismus  
Ausschuss für Kultur und Medien  
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

**Berichterstatter/in:**

Abg. Katrin Budde [SPD]  
Abg. Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]  
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
Abg. Thomas Hacker [FDP]  
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]  
Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

**Mitglieder des Ausschusses**

<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die **Vorsitzende** macht auf die außergewöhnlichen Umstände für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien aufmerksam. Abgeordnete aus dem Ausschuss für Kultur des georgischen Parlaments seien nicht nur zu Besuch, sondern veranstaltet werde eine gemeinsame Sitzung mit einem Ausschuss aus einem anderen Land.

Die Vorsitzende gibt technische Hinweise zur Sitzung und informiert unter anderem, dass die Sitzung dauerhaft in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein werde.

Wie von den Obleuten vereinbart, würden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 (Mitberatungen) ohne Aussprache bearbeitet. Die Vorsitzende erklärt dieses für die Gäste unbekanntes Verfahren, ruft die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zur Abstimmung auf und leitet zu Tagesordnungspunkt 1 über.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Gemeinsame Sitzung mit Mitgliedern des georgischen Parlaments**

#### **Grundsätze und Strukturen der Kulturförderung in Deutschland und Georgien**

Die **Vorsitzende** begrüßt die Vorsitzende des Kulturausschusses aus dem georgischen Parlament, Eliso Bolkvadze, weitere Abgeordnete, den Botschafter Georgiens in Deutschland, andere Botschaftsangehörige sowie Mitarbeitende aus dem georgischen Ausschussdienst. Die Vorsitzende stellt weitere Akteurinnen und Akteure vor und verweist auf die von diesen Gästen erbetenen Impulse für die spätere Diskussion.

Die Vorsitzende betont, der Ausschuss freue sich sehr darüber, dass eine gemeinsame deutsch-georgische Sitzung zustande komme. Sie erinnert an eine überaus interessante Delegationsreise, die der Ausschuss für Kultur und Medien 2022 nach Georgien unternommen habe und bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Gegenbesuch.

Die Vorsitzende würdigt Georgien als Land mit einer außergewöhnlich reichen Kultur und seiner Geschichte als Teil Europas. Allerdings sei die lange gemeinsame Geschichte nicht jedem bekannt. So verorteten viele das Goldene Vlies in Griechenland, dabei stamme es aus Georgien. Die Vorsitzende nennt weitere Belege dafür, dass Georgien zu Europa gehöre und zieht den Schluss, die am heutigen Tag getroffene Entscheidung in Brüssel (Georgien für den EU-Kandidatenstatus vorzuschlagen), sei folgerichtig. Sie freue sich, dass die Kulturausschüsse etwas zu einer engeren Verbindung zwischen beiden Völkern beitragen könnten. Kunst, Kultur und freie Medien könnten Brücken bauen.

Die Vorsitzende drückt ihre Bewunderung dafür aus, dass Georgien trotz wechselnder Fremdherrschaften die eigene Sprache und die eigene Schrift bewahrt habe. In der Zeit, in der Georgien Teil der Sowjetunion war, sei es sogar gelungen, Sprache und Schrift in der Verfassung abzusichern. Das sei ein Beleg dafür, dass die Menschen in Georgien immer selbstbestimmt und in Freiheit hätten leben wollen. Als aus der DDR stammende Bundesbürgerin könne sie diese Leistung besonders gut einschätzen, davor habe sie hohen Respekt. Georgien habe sich bereits 1991 für unabhängig erklärt. Ein großer Freiheitsdrang zeichne das Land aus. Deutschland befinde sich nach der Wiedervereinigung immer noch auf dem Weg, es gebe immer noch sehr große strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West. Deshalb sei im Raum allen bewusst, um wieviel schwieriger es für Georgien gewesen sei, nach 1991 diesen Weg der Transformation zu gehen. Dafür bezeuge sie Hochachtung.

In der heutigen Sitzung werde es um Kultur und Kulturpolitik der Gegenwart und der Zukunft gehen. Die Vorsitzende skizziert den geplanten Ablauf der Sitzung und übergibt an ihre Kollegin.

**Eliso Bolkvadze** (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur des georgischen Parlaments) erklärt, es sei eine große Ehre als georgischer Kulturausschuss in einem erweiterten Format an einer Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien teilzunehmen.



Erstmals sei ihr Ausschuss zu Besuch im Deutschen Bundestag und könne die Schwerpunkte der eigenen Ausschussarbeit vorstellen.

Kultur sei für Georgien prioritär. In der zehnten Wahlperiode habe das Parlament erstmals einen Kulturausschuss als eigenständiges Gremium gegründet. Nach georgischem Recht sei es Aufgabe dieses Ausschusses, die Kulturpolitik im Land und institutionelle Reformen zu koordinieren. Der Ausschuss diskutiere dazu auf regionaler Ebene und mit Kulturschaffenden, um die Ansprüche der Gesellschaft mit der Gesetzgebung in Einklang zu bringen.

So arbeite der Ausschuss gemeinsam mit dem Kulturministerium an einem Gesetzentwurf zur Reform der Kunstbildung. Als federführender Ausschuss habe der Kulturausschuss Änderungen im Urheberrecht initiiert und dabei Mechanismen der kollektiven Wahrnehmung der Urheberrechte erarbeitet, die die Prozesse in diesem Bereich demokratisieren sollten. Darüber hinaus habe der Kulturausschuss eine Gesetzesinitiative zur Allgemeinbildung und zur Hochschulbildung vorgelegt.

Die Kulturdiplomatie gehöre ebenfalls zum Aufgabenfeld. Auslandsreisen seien wichtig, weil sie dem parlamentarischen Austausch und der Verstärkung der parlamentarischen Basis für die Kulturpolitik des Landes dienen. Sie glaube daran, dass die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Ländern dem Frieden in Europa und der Welt diene. Hier arbeite der georgische Kulturausschuss mit dem Instrument der Absichtserklärung. So sei zum Beispiel mit dem armenischen und dem aserbaidischen Parlament ein Memorandum beschlossen worden.

Der Ausschuss stoße Forschungsarbeit über unterschiedliche Fragen im Kulturbereich an. Ein Beispiel dafür sei eine Untersuchung über die Befestigungsanlagen in Georgien sowie über deren Zustand. Die Idee sei gewesen, die Geschichte Georgiens lebendig zu machen und den historischen Bauten zu neuen Funktionen zu verhelfen. Als weiteres Themenfeld, mit dem sich der Ausschuss intensiv befasse, nennt der Gast die

Inklusion behinderter Kinder. Ziel sei es, diese Gruppe besser in die Gesellschaft zu integrieren und dabei die kulturelle Bildung zu nutzen.

Der Ausschuss arbeite eng mit in Georgien tätigen internationalen Organisationen zusammen. Es sei erfreulich, dass diplomatische Vertretungen vieler Länder Kunstprojekte in Georgien und im Ausland unterstützten.

Die Vorsitzende des georgischen Kulturausschusses übergibt einen Bericht über die Arbeit des von ihr geleiteten Gremiums. Sie betont noch einmal, dass es eine besondere Ehre sei, im Ausschuss für Kultur und Medien zu Gast zu sein. Abschließend lädt sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages ein, nach Tiflis zu kommen, um die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter zu vertiefen.

**Irakli Mezurnishvili** (stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur des georgischen Parlaments) spricht ebenfalls seinen Dank für die Einladung der Delegation aus.

Vor rund einer Stunde habe die Europäische Kommission empfohlen, Georgien den Kandidatenstatus für die Europäische Union zuzuerkennen. Die sei ein großer Schritt auf dem Weg Richtung EU-Mitgliedschaft, den Georgien seit Langem erfolgreich verfolge.

Herr Mezurnishvili berichtet, sein Schwerpunkt seien Dokumentarfilme über bilaterale Beziehungen. Er habe einen Dokumentarfilm über die deutsch-georgischen Beziehungen gedreht und werde den Abgeordneten diesen Film gern zukommen lassen. Sichtbar werde in dem Film, dass Deutschland Georgien vom ersten Tag der Unabhängigkeit an unterstützt habe. Beide Länder seien große Freunde. Wenn Georgien in der EU reüssiere, sei das ein Ergebnis deutscher Anstrengungen.

Er sei überzeugt, dass das heutige Treffen kein Einzelfall bleiben werde, sondern es künftig die



Möglichkeit geben werde, in Georgien zusammenzukommen. Dabei werde die Kultur das verbindende Thema sein.

**Baya Kvitsiani** (Mitglied im Ausschuss für Kultur des georgischen Parlaments) stellt sich als stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses und Mitglied des Kulturausschusses vor. Auch sie betont die besondere Bedeutung des Tages für Georgien. Eine Zusammenarbeit, wie sie heute mit dem Deutschen Bundestag gelinge, sei von besonderer Bedeutung in einer Phase, in der sich Georgien in einer kritischen Situation befinde. Es gehe darum, die politischen Prioritäten und Orientierungen Georgiens zu verdeutlichen. Das sei wichtig auf dem Weg der Integration in die EU. Es sei ein Symbol, wenn Georgien die Zusage, EU-Kandidatenland werden zu können, ausgerechnet in einem Moment erreiche, in dem die georgischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu Gast seien.

Deutschland (mit Berlin) sei eines der wichtigsten Kulturzentren. Hierzulande liege man bei Kunst und Kultur immer vorn. Offenbar setze der Staat die richtigen Prioritäten. Deswegen freue man sich sehr über das Zusammentreffen. Vieles werde man lernen und mitnehmen, viele Fragen stellen und diskutieren können. Die Vorsitzende, Abg. Katrin Budde, habe berichtet, eine Ausschusssitzung mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Ländern zu ermöglichen, sei etwas ganz besonderes. Vorher habe es so etwas nur in Kooperation mit Frankreich gegeben. Sie hoffe, dass damit die Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit gelegt werde, schließt Frau Kvitsiani ihre Ausführungen.

**Rostom Chkheidze** (Mitglied des georgischen Parlaments) beginnt mit einem Dankeschön und würdigt Wissen und Verbundenheit, die die Vorsitzende, Abg. Katrin Budde, in ihrer Begrüßung ausgedrückt habe.

Es seien kulturelle Brücken erwähnt worden. Sie seien das wichtigste, was Menschen verbinde. Letzten Endes basiere jeder Staat auf einer Kultur. Ohne kulturelle Brücken könnten Menschen nicht miteinander in Beziehung treten.

Das, was von georgischer Seite angestrebt werde, seien exakt diese Brücken, die auf vielfältige Weise zum Ausdruck kommen könnten.

Herr Chkheidze stellt sich als Schriftsteller und Mitglied der Opposition im georgischen Parlament vor. Er sei Literaturexperte und untersuche sowohl alte Kulturen als auch gegenwärtige Prozesse. Sei Ziel sei es, sowohl klassische als auch zeitgenössische Literatur populär zu machen.

Im weiteren Verlauf werde er Fragen an die deutsche Seite richten und freue sich auf den Erfahrungsaustausch.

Die **Vorsitzende** dankt und stellt Einvernehmen über ein Verfahren zur Vorstellung der Fraktionen im Ausschuss für Kultur und Medien her.

Abg. **Maximilian Mörseburg** (CDU/CSU) erklärt, es sei schön, dass es möglich sei, an dem für Georgien historischen Tag die gemeinsame Sitzung durchzuführen.

Abg. Mörseburg stellt seine Fraktion als Verbindung von zwei Parteien vor. Er weist darauf hin, dass die CDU/CSU-Fraktion bis vor zwei Jahren über 16 Jahre hinweg die Regierungsmehrheit mitgetragen habe, im 20. Deutschen Bundestag hingegen die größte Oppositionsfraktion stelle. Die Parteien in der Fraktion folgten dem christlichen Menschenbild, die Union pflege konservative, soziale und liberale Wurzeln und verstehe sich als Sammlungsbewegung.

Europa habe immer schon einen Schwerpunkt der politischen Arbeit dargestellt, daher habe man gespannt auf die heute anstehenden Berichte der Europäischen Kommission geschaut.

Abschließend stellt Abg. Mörseburg die anwesenden Mitglieder seiner Fraktion (Abg. Dr. Christiane Schenderlein und Abg. Marco Wanderwitz) sowie sich selbst mit den jeweiligen Rollen im Ausschuss vor.



Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) beglückwünscht Georgien zum Kandidatenstatus in der Europäischen Union. Georgien sei Teil Europas, der Kandidatenstatus mehr als verdient.

Abg. Glogowski-Merten stellt sich als kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion vor, fügt biografische Angaben hinzu und weist auf ihren Wahlkreis hin. Als Kunstwissenschaftlerin komme sie aus der Kultur, Kultur sei ihr Herzsthema. Sie empfinde es als besonderes Privileg, dieses Thema im Herzen der deutschen Demokratie vertreten zu dürfen.

Das wichtigste Ziel liberaler Kulturpolitik sei es, die Kulturpolitik an den Lebensrealitäten der Kulturschaffenden auszurichten. Die Coronapandemie habe gezeigt, welche Folgen es habe, wenn Kultur nicht mehr stattfinde. Es gelte, dafür zu sorgen, dass Kulturschaffende in Freiheit und mit den richtigen Rahmenbedingungen Kultur gestalten könnten. Wenn Kunst und Kultur nicht frei seien, sei dies ein Indikator dafür, wie frei Menschen in den jeweiligen Ländern leben könnten.

Die Kultur habe besondere Bedeutung für die Gesellschaft. Sie sei ein Lebensnerv und präge die Gesellschaft. Wenn Kultur gefördert werde, werde das Zusammenleben gefördert. Dies gelte es zu betonen, gerade in geopolitisch herausfordernden Zeiten.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) heißt die Gäste für seine Fraktion willkommen und stellt sich als den kulturpolitischen sowie Abg. Martin Erwin Renner als den medienpolitischen Sprecher der Fraktion vor. Er macht biografische Angaben und erklärt, die Partei der AfD sei laut Umfragen derzeit die zweitstärkste politische Kraft in Deutschland. Grund dafür seien viele politische Missstände, zu denen die Einschränkung der Meinungsfreiheit gehöre, wie sie sich durch die EU-Verordnung über die digitalen Dienste und das Europäische Medienfreiheitsgesetz abzeichne. Die AfD sei die einzige wirkliche Opposition in Deutschland, weil sie einen grundsätzlich anderen politischen Kurs wolle.

Die hohen Zustimmungswerte für den EU-Beitritt in Georgien nehme die AfD-Fraktion wahr. Sie sehe auch die Bemühungen der dortigen Regierung, die nötigen Reformen für den Beitritt in Gang zu setzen. Das Land gehöre auf der kulturellen Ebene unübersehbar zu Europa. Die AfD-Fraktion sei der EU gegenüber allerdings sehr kritisch eingestellt. Einen europäischen Bundesstaat lehne sie ab, weil weder ein entsprechendes Staatsvolk noch ein Mindestmaß an kultureller Identität existierten. Eine Reform der EU sei dringend notwendig. Er hoffe, die georgischen Gäste von dieser Notwendigkeit überzeugen zu können, um womöglich gemeinsam auf diese Reform hinwirken zu können.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) gratuliert den georgischen Gästen zu dem heutigen historischen Moment. Die SPD-Fraktion sei eine glühende Verfechterin des europäischen Gedankens und eine Freundin der EU. Man fühle sich geehrt, dass Georgien Teil dieses Zusammenschlusses werden wolle.

Auch Abg. Lindh stellt die anwesenden Fraktionsmitglieder (Abg. Marianne Schieder und Abg. Daniel Schneider) mit ihren politischen Aufgabengebieten vor. Zu sich selbst merkt er an, dass er als Deutsch-Finne wisse, was es bedeute, wenn ein Land um eine eigene Existenz, eine eigene Sprache und Kultur ringen müsse. Abg. Lindh geht auf die besondere Geschichte seiner Familie ein, stellt geschichtliche Bezüge zu Georgien her und verweist auf die besondere deutsche Verantwortung gegenüber diesem Land.

Zum kulturpolitischen Verständnis seiner Fraktion führt Abg. Lindh vier Punkte an: 1. Möglichst alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, Kultur zu erfahren, zu produzieren und zu konsumieren. 2. Auf der Bundesebene müssten wichtige kulturpolitische Diskurse geführt werden. 3. Kunst und Kultur gehörten einerseits zur Wirtschaft und bildeten andererseits einen Bereich, der jenseits des Marktes funktioniere. Die Politik müsse die Bedingungen dafür schaffen, dass Künstler/-innen arbeiten und von ihrer Arbeit leben könnten. 4. Kulturpolitik basiere auf Kooperation, wofür beispielhaft die drei Institutionen stünden, deren Expertise der



Ausschuss nicht nur heute hinzuziehe.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beglückwünscht die Abgeordneten zu Georgiens EU-Kandidatenstatus. Es sei überfällig, Georgien einzubeziehen und entspreche dem Verständnis der bündisgrünen Fraktion von einer gemeinsamen Zukunft für ein freies Europa.

Abg. Grundl macht sich sowie eine anwesende Kollegin (Abg. Marlene Schönberger) bekannt und kommt dabei auf den Kampf gegen Antisemitismus zu sprechen, dem angesichts der deutschen Verantwortung besondere Bedeutung zukomme. Auch der Ausschuss sei dazu aktuell und langfristig gefordert.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bilde zusammen mit Sozialdemokraten und Freien Demokraten die Regierungsmehrheit. Sie verfolge den kulturpolitischen Grundsatz: Kultur für alle. Hinzu komme jedoch das Prinzip: Kultur von allen. Die Zugänge zum Schaffen von Kunst und Kultur müssten so niedrig wie möglich liegen. Prioritär seien Kunstfreiheit und freie Medien. Abg. Grundl sagt, der Anspruch sei nicht immer leicht zu realisieren. So sei Deutschland im Ranking der Organisation Reporter ohne Grenzen in Sachen Medienfreiheit abgerutscht. Grund: Journalistinnen und Journalisten würden gefährdet, wenn sie von Demonstrationen berichteten, zu denen die Partei AfD aufrufe.

Abg. Grundl gratuliert zum Beitrag Georgiens zur europäischen Kultur und zur Weltkultur. Dazu verweist er unter anderem auf die Musikerinnen Katie Melua und Natalie Beridze.

Die **Vorsitzende** bittet sodann die Vertreter/-innen der Bundesregierung und der Kulturorganisationen um ihre Einführungen.

**Dr. Andreas Görgen** (Amtschef bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, BKM) berichtet, in den Straßen von Tiflis werde im Moment gefeiert. Vermutlich sei es für die georgischen Abgeordneten bedauerlich, dass sie

dort nicht mitfeiern könnten. Das Land, dem die Welt einen der größten mittelalterlichen Romane verdanke („Der Recke im Tigerfell“ von Schota Rustaweli) komme zurück nach Europa. Das sei ein glücklicher Tag.

Beispielhaft für den georgischen Einfluss auf die deutsche Kulturlandschaft nennt Herr Dr. Görgen für den Bereich Film Nana Ekvtimishvili, für die Literatur Nino Haratishvili und für die klassische Musik die im Saal anwesende Pianistin Dudana Mazmanishvili.

Neben persönlichen Verbindungen spiele die Zusammenarbeit der Institutionen eine große Rolle. Mestia in Swanetien sei einer der schönsten Orte der Welt und gehöre zum UNESCO-Weltkulturerbe. Dort gebe es ein kleines Museum mit einem Schild, auf dem zu lesen sei, dass die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) beim Aufbau dieses Museums helfe. Es gebe eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen deutschen und georgischen Kulturinstitutionen. 2018 sei der Erfolg Georgiens als Gastland bei der Frankfurter Buchmesse außerordentlich groß gewesen. Die Bundesregierung freue sich, wenn deutsche Institutionen sich wieder mehr in Georgien engagieren könnten.

Über die schwierigen kulturpolitischen Diskussionen, die in Georgien geführt würden, könnten die Abgeordneten aus Tiflis selbst informieren. Gaga Chkheidze, in diesem Jahr Träger der Goethe-Medaille, habe im Sommer 2023 dazu Stellung genommen. Hier gebe es sicher viel Gesprächsbedarf.

Herr Dr. Görgen weist darauf hin, dass es das Amt der BKM erst seit rund 25 Jahren gebe. Für die BKM seien etwa 400 Mitarbeiter/-innen tätig, das Budget erreiche zurzeit rund 2 Mrd. Euro im Jahr. Anschließend skizziert Herr Dr. Görgen wesentliche Elemente der Kulturpolitik. Betroffen würden ordnungspolitische Entscheidungen, also Entscheidungen über Rahmenbedingungen. Thematisch reiche das Spektrum von der Filmförderung über die Medienfreiheit bis zur sozialen Lage der Künstler/-innen und zur Förderung von freier Kultur – häufig in Zusammenarbeit mit





anderen Ressorts. Neben dem ordnungspolitischen gebe es einen förderpolitischen Bereich. Hier entscheide sich, mit welchen Mitteln die Bundesrepublik Deutschland Ansätze und Projekte fördern wolle: von personenbezogenen Stipendien bis zu großen Institutionen. Den dritten Bereich bilde die Institutionenpolitik. Dabei spiele der Freiraum dieser Einrichtungen eine große Rolle, Auswahlprozesse müssten die Eigengesetzlichkeit der Kultur respektieren.

Aus dem 2-Mrd.-Euro-Budget entfielen rund 400 Mio. Euro auf die Deutsche Welle, ein ähnlich großes Volumen auf die SPK und rund 250 Mio. Euro auf die Filmförderung. Die freien Künste würden mit geringeren Mitteln bedacht. Diese Mittel seien aber sehr wichtig, um Kultur für alle und von allen als Demokratie bildendes Prinzip zu unterstützen.

**Anke Reiffenstuel** (Beauftragte für auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Amts, AA) betont eingangs, Georgien und Deutschland pflegten sehr enge Beziehungen. Erst im März 2023 habe Außenministerin Annalena Baerbock Tiflis besucht.

Zur EU-Beitrittsperspektive führt Frau Reiffenstuel aus, die überwältigende Zustimmung der georgischen Bevölkerung zu einer Zukunft in der EU sei sehr erfreulich. Damit verbinde sich allerdings ein Auftrag an die georgische Regierung. Der soeben veröffentlichte erste Fortschrittsbericht der EU-Kommission stelle einen guten Kompass dar. Die Bundesregierung sei bereit, Georgien bei den nötigen Reformen zu unterstützen.

Das AA verstehe Kulturaußenpolitik als Gesellschaftsaußenpolitik. Es gehe also nicht um die Kulturbeziehungen zwischen Regierungen, sondern um den Austausch und die Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Ziel sei es, stabile Brücken zu bauen, die politische Krisen überdauern könnten. Persönliche Kontakte, Dialog und Zusammenarbeit zwischen Menschen seien dafür die richtigen Mittel. Das AA ziele mit seiner Politik daher auf Schulen und Universitäten, auf Städtepartnerschaften und Kultureinrichtungen.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) finde nicht im luftleeren Raum statt. Die Bundesregierung vertrete Werte: Freiheit und Demokratie, Frieden und Menschenrechte. Seit 2014 kümmere sich das AA gezielt darum, die Zivilgesellschaften in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (ÖPR-Programm) zu unterstützen. Seit dem russischen Angriffskrieg habe dieses Anliegen noch an Bedeutung gewonnen. Pluralismus und demokratische Transformation sollten gestärkt werden. Auch in der Zusammenarbeit mit georgischen Akteuren gehe es um Demokratieförderung und Pressefreiheit. 2023 seien 60 Projekte mit georgischer Beteiligung gefördert worden. Frau Reiffenstuel nennt Beispiele und geht auf die Bedeutung von Städtepartnerschaften ein (u. a. Tiflis und Saarbrücken) und unterstreicht, hier gebe es noch ungenutztes Potenzial.

Deutschland freue sich, eins der beliebtesten Zielländer für georgische Studierende (aktuell mehr als 2.000) zu sein. Deutsch sei die dritt-wichtigste Fremdsprache in Georgien. Die wichtigste außerkulturpolitische Auszeichnung, die Deutschland zu vergeben habe, sei in diesem Jahr an Gaga Chkheidze gegangen, der sich besonders für den Erhalt des georgischen Films einsetze.

Die **Vorsitzende** bittet darum, den Beitrag an dieser Stelle zu beenden und leitet zu den Impulsen der übrigen Gäste über.

**Ellen Ahbe** (Geschäftsführerin, Bundesverband Soziokultur) stellt den Bundesverband Soziokultur vor, in dem die Landesverbände mit derzeit 780 soziokulturellen Zentren, Netzwerken und Initiativen organisiert seien. Der Verband unterstütze darüber hinaus weitere 720 Kultur- und Literaturhäuser sowie kulturelle Initiativen.

Soziokulturelle Zentren seien zivilgesellschaftlich getragene Kulturzentren, die gesellschaftspolitische Themen durch Kunst und Kultur gestalteten und ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm anböten. Seit 50 Jahren laute ihr Slogan „Kultur von allen, für alle“. Grundlegendes Ziel aller Aktivitäten des Verbands seien die Anerkennung soziokultureller Arbeit als fester Bestandteil des



kulturellen Lebens in Deutschland sowie eine angemessene Förderung auf allen Ebenen.

Frau Ahbe beschreibt die Aktivitäten des Bundesverbands wie Konferenzen, Publikationen, Internetportal, Pressemitteilungen und Newsletter. Seit 2000 gebe es das Magazin *SOZIOkultur* mit vier Ausgaben pro Jahr, das als wichtiges Kommunikationsinstrument dazu diene, soziokulturelle Inhalte, Werte, Ziele und Methoden in die Öffentlichkeit zu tragen.

Seit 1992 erhebe der Bundesverband regelmäßig Daten zur Situation und zu den Perspektiven seiner Mitgliedseinrichtungen: zu Finanzierung, Personal, Arbeitsschwerpunkten und zu den Nutzerinnen und Nutzern der soziokulturellen Zentren. Frau Ahbe erläutert weitere Schwerpunkte der Arbeit des Verbands und gibt Beispiele für seine praktische Bedeutung. So vermittele der Verband in Seminaren rechtliche Grundlagen für Kulturveranstaltungen und zeige den Weg auf, Risiken abzuwenden. Außerdem biete er die Arbeitshilfe „Kultur – aber sicher!“ als digitales Nachschlagewerk an. Der Verband implementiere Nachhaltigkeitsmanagement in soziokulturellen Einrichtungen und habe einen Nachhaltigkeitskodex für die Soziokultur entwickelt. Ökologische Mindeststandards kämen hinzu. Überdies sei die Gestaltung des digitalen Raums für und mit der Zivilgesellschaft ein zentrales Thema. Stichworte seien hier unter anderem hybride Veranstaltungsformate oder professionelles Monitoring durch Digitalisierung. Auch Kompetenzen im Datenschutz seien wichtig.

Der Bundesverband unterstütze seit zehn Jahren als Fachverband bei der Konzeption und Umsetzung von komplexen Förderprogrammen mit Mitteln des Bundes. Insgesamt 150 Mio. Euro seien an 3.500 Kultureinrichtungen weitergeleitet worden. Frau Ahbe nennt Schwerpunkte dieser Programme und kommt auf die Finanzierung des Verbands zu sprechen. Seit 2006 trage dazu der Bund bei, aktuell 269.000 Euro pro Jahr. Die Anforderungen an den Bundesverband seien jedoch enorm gestiegen. Für die Finanzierung der zusätzlichen Aktivitäten habe der Verband eine deutliche Aufstockung der jährlichen Mittel

beantragt. Darüber sei man mit der Bundespolitik im Gespräch.

**Holger Bergmann** (Geschäftsführer, Fonds Darstellende Künste) informiert, dass es derzeit sechs Kulturförderfonds gebe, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Gemeinsame Aufgabe aller Fonds sei es, Kunst zu ermöglichen.

Als Geschäftsführer des Fonds Darstellende Künste arbeite er vermittelnd zwischen der Kulturpolitik, den Ansprüchen der Künstler/-innen und den verschiedenen Fachverbänden. Der Fonds Darstellende Künste werde von 17 Mitgliedsverbänden getragen, die sich vielfältig zusammensetzten. Grundsätzlich gehe es um die Förderung der freien Künste, also um den Bereich, in dem unabhängig von staatlichen Institutionen oder Einrichtungen produziert werde. Entscheidungen über konkrete Förderungen träfen dabei weder die Geschäftsführung des Fonds noch sein Vorstand oder die BKM. Entscheidungen über Förderanträge seien vielmehr an eine Jury delegiert, in der diese Akteure nicht stimmberechtigt seien. Im Ergebnis sei die erzeugte Förderlandschaft sehr vielfältig. Gefördert werden könne sowohl ein Figurentheater als auch ein Theater für junges Publikum, ein Musiktheater ebenso wie Straßentheater oder eine performative Installation. Auch digitale Darstellungen seien möglich.

Der Fonds Darstellende Künste richte sich sowohl an Künstler/-innen in den urbanen Zentren als auch an Künstler/-innen im ländlichen Raum. Es sei gewährleistet, dass in der Jury ganz unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen in diversen Sparten der freien Künste abgebildet würden. Regionale und gesellschaftliche Diversität kämen hinzu, ebenso die Geschlechterparität.

Herr Bergmann kommt auf die Förderprogramme zu sprechen und berichtet, neben dem Ziel, die Kunstproduktion zu ermöglichen, sei man auf Innovation ausgerichtet. Die Förderung ziele zudem auf Kooperation und das künstlerische Experiment. Gefördert würden konzeptionelle Ideen zur Nachhaltigkeit der künstlerischen Arbeit und Wiederaufnahmen.



Durch mehrjährige Förderungen werde eine gewisse Planungssicherheit in einem Bereich ermöglicht, in dem Künstler/-innen üblicherweise von Auftrag zu Auftrag agierten.

Durch die Förderung entstünden Arbeiten, die sowohl international wirkten als auch Impulse in der städtischen und staatlichen Kunstlandschaft setzten. Manchmal wirkten sie stilprägend. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Diversität werde gestärkt, indem zum Beispiel Künstler/-innen anderer kultureller Herkunft, People of Color oder aus der LGBTQIA+-Community mitwirkten.

**Uta Schnell** (Leitung Förderung und Programm, Kulturstiftung des Bundes, KSB) stellt die Arbeit und die Aufgaben der KSB vor. Die KSB sei eine der großen, öffentlich finanzierten Kulturstiftungen in Europa. 2002 gegründet, sei der Zweck der Stiftung die Förderung von Kunst und Kultur in der Zuständigkeit des Bundes. Prioritär seien Innovation, Internationalität und Gegenwartskunst und -kultur.

Frau Schnell berichtet über die Organisationsstruktur der KSB als Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie sei nicht Teil des Staates, fördere unabhängig und staatsfern. Im Stiftungsrat seien die maßgeblichen politischen Ebenen aus Bund, Ländern und Kommunen vertreten – mit unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten. Der Stiftungsrat entscheide über die inhaltliche Gesamtausrichtung und die Struktur der KSB. Die Kombination aus rechtlicher Staatsferne im Stiftungszweck und pluraler politischer Kontrolle habe sich bewährt. Steuergelder, mit denen Kunst und Kultur gefördert würden, würden unter der Maßgabe pluraler politischer Willensbildung verteilt.

Der KSB-Vorstand bestehe aus einer Doppelspitze: einer künstlerischen und einer administrativen Leitung. Der Vorstand lege dem Stiftungsrat Vorschläge für neue Förderschwerpunkte und Themen vor. Das KSB-Budget komme aus dem Haushalt der BKM, 2023 rund 40 Mio. Euro.

Im Beirat seien Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur versammelt, die Empfehlungen zu

inhaltlichen Schwerpunkten abgaben.

Frau Schnell skizziert beispielhaft die Arbeitsweise und das Profil der Stiftung. Aus der allgemeinen Projektförderung, ausgestattet mit rund einem Viertel des Jahresetats, würden spartenoffen große zeitgenössische künstlerische Projekte mit internationaler Ausstrahlung unterstützt. Nichtkommerzielle Kulturinstitutionen und freie Gruppen könnten Anträge stellen. Die Spartenoffenheit entspreche den Bedürfnissen der zeitgenössischen Kunstproduktion. Über die Förderanträge entscheide der Vorstand ausnahmslos auf Empfehlung einer unabhängigen Fachjury, deren Mitglieder alle drei Jahre wechselten. Selbstverständlich gebe es strenge Befangenheitsregeln.

In der Programmförderung setze die KSB eigene inhaltliche Schwerpunkte. Mit rund 40 Prozent des Jahresetats entwickle sie eigene Förderinitiativen und Modellprojekte. Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, ländliche Räume, Inklusion oder transkontinentale Kooperation würden dazu in den Kultursektor transformiert. Die Programmkonzepte basierten auf monatelangen, aufwendigen und international geführten Recherchen. Aus den Recherchen entwickle die KSB maßgeschneiderte Förderinstrumente mit dem Ziel, neue institutionelle und künstlerische Arbeitsweisen zu erproben. Ergebnis seien Programme, die auf sechs bis acht Jahre angelegt seien und sich an einzelne Sparten richteten oder Sparten übergreifende Themen böten.

Mit der Kombination aus offener Förderung und gestaltender Programmförderung sei es in den letzten 20 Jahren gelungen, wichtige Akzente für die Kulturentwicklung in Deutschland zu setzen.

Die **Vorsitzende** bietet den georgischen Gästen an, sich in die Diskussion einzubringen.

**Eliso Bolkvadze** (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur im georgischen Parlament) bedankt sich für die Glückwünsche. Tatsächlich handle es sich für Georgien um einen historischen Tag. Das Land werde der Europäischen Union als ebenbürtiges Mitglied beitreten und die europäische Kultur



bereichern. Georgien werde an Reformen arbeiten und aus Erfahrungen lernen. Dies entspreche dem erklärten Willen des georgischen Volks.

Für den Ausschuss, dem sie vorsitze, sei die Kulturdiplomatie sehr wichtig. Dieses Politikfeld habe speziell für kleine Länder hohe Bedeutung. Sie habe einiges über die finnische Kulturdiplomatie erfahren und denke, diese könne für Georgien beispielgebend sein. Hier ergebe sich ein weiteres Arbeitsfeld für den Ausschuss.

Im Hinblick auf die kulturelle Bildung wünsch sich Frau Bolkvadze Kooperationen zwischen deutschen Expertinnen und Experten und georgischen Stellen. Das in Georgien existierende System müsse überarbeitet werden. Seit vielen Jahren befinde sich die Kreativwirtschaft in der Krise. Georgien brauche sehr viele Reformen zur Entwicklung der Kultur. Man habe viele Fragen und hoffe, von hiesigen Erfahrungen profitieren zu können. Vielleicht könnten deutsche und georgische Experten in diesem Bereich zusammenarbeiten. Frau Bolkvadze fragt konkret, ob es möglich sei, deutsche Experten innerhalb des nächsten Jahres nach Georgien zu entsenden, um bei der Ausarbeitung des Konzeptes der Bildung im Bereich der Kultur zu helfen. Sie bezieht sich mit ihrer Frage dabei speziell auf die von den Ausschussgästen vorgestellten Fonds.

**Baya Kvitsiani** (Mitglied im Ausschuss für Kultur des georgischen Parlaments) dankt für die Impulse und geht auf die vom Bund geförderten Fonds ein. Deren Arbeit beeindrucke sie sehr. Frau Kvitsiani erkundigt sich, wie die KSB mit Ländern und Kommunen zusammenarbeitet und auf kommunaler Ebene präsent ist. Sie will wissen, ob die Arbeit von Berlin aus gesteuert wird und wie die Projekte konkret funktionieren. Auch wenn Georgien anders strukturiert sei als Deutschland, sei das deutsche Modell für Georgien interessant.

**Rostom Chkheidze** (Mitglied des georgischen Parlaments) erklärt, er freue sich zu hören, dass Kunst und Kultur frei seien. Es sei wichtig, dass sich Regierung und Geldgeber nicht in die Tätigkeit von Juroren einmischten.

Niemand wünsche sich, dass die Kunst abhängig von Geldgebern und deren Wünschen sei.

Erfreulich sei auch zu hören, dass das kulturelle Erbe gewahrt werde, dass also nicht nur die moderne Kunst, sondern auch die alte Kunst geschützt werden solle. Er habe gern gehört, dass während der Pandemie viel getan worden sei, um die Kultur vor einer Krise zu bewahren. Herr Chkheidze bittet darum, die Situation in und nach der Pandemie zu erläutern.

Abg. Katrin Budde habe in einem persönlichen Gespräch Berlin als multikulturelle Stadt vorgestellt, in Berlin finde die Welt zusammen. Umso interessanter sei, welche Richtungen, Bereiche und Gattungen hier favorisiert würden. Alles sei interessant und womöglich für Georgien nachahmenswert.

Die **Vorsitzende** stellt Einvernehmen über das weitere Verfahren und die Reihenfolge der Redebeiträge her. Sie erteilt das Wort zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen.

**Holger Bergmann** (Fonds Darstellende Künste) dankt für das Interesse. Tatsächlich sei es sehr wünschenswert, dass im Bereich der Kultur frei agiert werden könne. Es sei wichtig, dass sich Künstler selbst beauftragen könnten und nicht der Staat überlege, was Künstler machen sollten. Er halte es für wichtig, sich zunächst mit dieser Grundfrage zu befassen, bevor man etwas neu aufbaue: Wie schafft man es, die Fähigkeit der Kunst zu fördern, Anstöße zu bieten? Die Kunst könne Perspektiven einbringen, die nicht dem Mainstream der Gegenwart entsprächen, sondern die widerständig sein dürften und jenseits nationaler und traditioneller Sichtweisen angesiedelt seien. Für die Entwicklung in die Zukunft sei dies von hoher Bedeutung.

Herr Bergmann berichtet, dass der Fonds Darstellende Künste die freien darstellenden Künste bundesweit mit einem Jahresbudget von 10 Mio. Euro fördern könne. Während der Pandemie hätten das Parlament und die BKM jedoch insgesamt 164 Mio. Euro zur Verfügung



gestellt, um die freien darstellenden Künste über drei Jahre zu stabilisieren und die Vielgestaltigkeit der Künste während der Pandemie zu erhalten. Eine derart enorme Summe sei nie zuvor vonseiten des Bundes für die freie Kultur aufgebracht worden. Es habe sich um eine besondere Ausnahmesituation gehandelt. Die Hilfe habe tatsächlich gewirkt, sie habe den Kultursektor stabilisiert und dazu geführt, dass Künstler/-innen in Arbeit hätten gehalten werden können.

**Uta Schnell** (Kulturstiftung des Bundes) sagt, die Frage, wo das kulturelle Herz aus der Sicht der Stiftung schlage, sei nicht leicht zu beantworten. Es schlage nicht nur in Berlin, es schlage auch in den ländlichen Räumen und in den Kleinstädten, allerdings anders als in den Großstädten Deutschlands. Nicht außer Acht bleiben dürfe zudem der Versuch, international zu kooperieren. Die Kulturlandschaft sei in Deutschland – wie sicher auch in Georgien – sehr reich.

Frau Schnell macht darauf aufmerksam, dass es Museen, Theater oder Literaturhäuser seien, die Anträge auf Förderung bei der KSB einreichen. Diese Einrichtungen befänden sich sehr häufig in kommunaler Trägerschaft oder würden vom Land finanziert. Frau Schnell verweist auf die Kulturhoheit der Länder und das damit verbundene Gewicht bei der Kulturfinanzierung. Die KSB unterstütze mittelbar die Kommunen, wenn sie beispielsweise Projekte von Institutionen in kommunaler Trägerschaft fördere.

Für eigene Programmschwerpunkte recherchiere die KSB genau das Umfeld. So schaue man sich beispielsweise an, welche Förderprogramme in den Ländern zur Digitalisierung aufgelegt würden, um zu klären, ob die KSB eine Lücke füllen und komplementär fördern könne.

In der Pandemie habe die KSB ein Programm aufgelegt, das sich explizit an Landkreise und kreisfreie Städte gerichtet habe, um die kulturellen und künstlerischen Szenen an diesen Orten zu unterstützen. Die KSB entscheide also programmspezifisch, wo sie mit Ländern und Kommunen komplementär fördern wolle und könne.

Die **Vorsitzende** leitet in eine weitere Fraktionsrunde über.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) greift die Frage nach der Verbindung zwischen Bundesebene und kommunaler Ebene auf und merkt an, auch in ihrer Brust schlugen zwei Herzen. Sie sei sowohl Bundestagsabgeordnete als auch Kommunalpolitikerin in ihrer Region in Niedersachsen. Im Bereich von Kunst und Kultur gehe es immer auch um das Thema Teilhabe. Das Ziel, urbane und ländliche Räume zu verknüpfen, stelle Niedersachsen vor große Herausforderungen.

Zu den Mechanismen, die die aktuelle Regierungskoalition nutze, gehöre als ein wichtiges Instrument der KulturPass, der in diesem Jahr neu eingeführt wurde. Mit dem KulturPass für die 18-Jährigen würden nach der Pandemie junge Menschen wieder näher an die Kultur gebracht. Abg. Glogowski-Merten skizziert das Konzept des KulturPasses und kommt anschließend auf die Frage zu sprechen, welches Herz der Kultur in Berlin und im Bund schlägt. Der KulturPass zeige jedenfalls, dass das Herz der jungen Menschen für Bücher schlage. Dass das KulturPass-Guthaben vor allem für Bücher verwendet werde, sei ein schönes Zeichen in der heutigen Zeit – genauso wie der Kauf von Kinokarten.

Zum Schluss fragt Abg. Glogowski-Merten Herrn Bergmann und die georgischen Gäste, welche Impulse aus ihrer Sicht nötig seien, um ländliche und urbane Räume gut und miteinander zu fördern.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) widmet sich der auswärtigen Kulturpolitik. Er verweist auf die schwierige Haushaltslage und die Beratungen zum Etatentwurf 2024. Seines Erachtens hätten die Vorgängerregierungen zu viel ausgegeben, die neue Koalition sehe sich jetzt mit deutlichen Kürzungen und der Schuldenbremse konfrontiert.

Natürlich sei die auswärtige Kulturpolitik sehr wichtig. Das AA müsse sein Budget 2024 nach seinen Informationen um insgesamt 17 Prozent



reduzieren. Bei der AKBP werde hingegen nur um drei Prozent gekürzt. Dies zeige, welche hohe Bedeutung das AA der AKBP beimesse.

Umgesetzt werde die auswärtige Kulturpolitik mithilfe der Mittlerorganisationen, an deren Spitze das Goethe-Institut (GI). Das GI habe einen Reformvorschlag vorgelegt, aus dem hervorgehe, wie es mit weniger Mitteln auf die Herausforderungen der Zeit reagieren könne. Ergebnis sei, dass – bei rund 160 Instituten weltweit – neun Institute geschlossen werden sollten. Das sei sehr schmerzhaft. Gleichzeitig gehe es darum, bei der Sprachvermittlung auf Digitalisierung zu setzen. Große Teile der Reformvorschläge des GI fänden Zustimmung in seiner Fraktion und seien sehr zielgerichtet. Mit der Schließung einzelner Institute gehe eine konzeptionelle Neuaufstellung einher. Das GI schaue, ob es Bereiche in der Welt gebe, wo Institute fehlten. So stehe der Kaukasus bisher zu wenig im Fokus, werde dort ein neues Institut eröffnet und bleibe das Institut in Tiflis sehr wichtig. Abg. Grundl zeigt sich zuversichtlich, dass die Kulturpolitik weiterhin als Chance für Dialog und Austausch verstanden werde, die offen bleibe, wenn sich viele Fenster der Diplomatie bereits schlössen. Das gelte auch für Georgien und die dortige Region. Das Goethe-Institut in Tiflis bleibe erhalten, vielleicht könne die Arbeit sogar intensiviert werden.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) hält Analogien für schwierig, schließlich sei Deutschland durch das System des Föderalismus geprägt. Die Systematik der Kulturförderung und der Aktivitäten in der Pandemie seien nur vor diesem Hintergrund und im Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen zu verstehen. Allerdings gebe es Verbesserungsbedarf. Im Koalitionsvertrag sei als Absichtserklärung ein so genanntes Plenum der Kultur enthalten. Bisher warte man vergeblich darauf, dass die Regierungen auf Länder- und Bundesebene entsprechend in Bewegung kämen. Mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen erachte er es als wichtig, genau zu analysieren, was kulturpolitisch auf den verschiedenen Ebenen – Bund, Länder, Regionen, Kommunen – getan werde.

In den Impulsen sei zu kurz gekommen, dass es in

der letzten Legislaturperiode das Parlament gewesen sei, dass Wert darauf gelegt habe, während der Pandemie 2 Mrd. Euro als genuine Mittel für den Kunst- und Kulturbereich bereitzustellen. Es seien explizit keine Mittel aus dem Sozialsystem verwendet worden, sondern eigens für die Kulturförderung reservierte Mittel, um die Kultur in der Krise am Leben zu halten. In der schwierigen Situation sei deutlich geworden, dass neue Wege funktionierten und dass frühere Bedenken ausgeräumt werden könnten. Es habe sich als klug erwiesen, künstlerische Existenzen zu unterstützen, statt einzelne Projekte oder Produktionen. Man habe weniger bürokratisch arbeiten können. Die Krise habe geholfen, Hemmnisse zu überwinden und Innovation zu wagen.

Abg. **Daniel Schneider** (SPD) geht auf die Situation der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft ein. Die Branche sei von der Pandemie besonders stark betroffen gewesen. Das Parlament habe die Branche mit massiven staatlichen Hilfen durch die Krise begleitet. Nach der Pandemie bleibe die Situation aufgrund von gestiegenen Kosten, Personalmangel und weiteren Herausforderungen schwierig. Deshalb müssten die Förderkulissen weiterentwickelt werden.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) stimmt zu, dass die Kulturförderung in Deutschland ein hohes Gut sei. Sie habe in ihrer Struktur durchaus Vorbildfunktion, auch für andere Staaten. Der historischen deutschen Kleinstaaterei sei es beispielsweise zu verdanken, dass es auch in kleineren Städten Theater gebe. Davon leite sich auch die Kulturhoheit der Bundesländer ab. Das Kulturleben sei in Deutschland sehr reich, darauf sei man stolz.

Die Kulturhoheit der Länder sei der AfD-Fraktion besonders wichtig. Deshalb sehe sie den steigenden Einfluss der Bundesregierung auf diesen Bereich kritisch. Der Staat übe nämlich sehr wohl Einfluss auf das Kulturleben aus, indem er Förderprogramme inhaltlich definiere. Neuerdings sei viel von ökologischer Transformation in Kultur und Medien die Rede, von Klimaschutz und Nachhaltigkeit.



Kulturfremde Kriterien spielten zunehmend eine entscheidende Rolle bei der Vergabe von Fördermitteln. Wenn die Staatsministerin Green Culture als Ziel formuliere, sei dieser Begriff nicht zufällig mit dem Namen ihrer Partei identisch.

Der wachsende Einfluss des Staates wirke sich besonders in der Filmförderpolitik des Bundes aus. Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit würden für die Förderung vorgegeben. Damit werde die künstlerische Freiheit beschränkt und würden Filme politisiert. Für den Publikumserfolg sei das nicht günstig. Ohne solche Vorgaben habe die AfD-Fraktion auch nichts gegen Förderfonds, die sich in struktureller Hinsicht durchaus als Vorbild eigneten.

Dass GI-Standorte geschlossen werden sollten, bedaure die Fraktion, die sich stattdessen für diese Form der Auslands politik einen weiteren Ausbau wünsche.

Abg. **Maximilian Mörseburg** (CDU/CSU) erinnert daran, dass die Pandemie noch in die Regierungszeit von CDU und CSU gefallen sei. Damals habe der Bund das „Neustart Kultur“-Programm und einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen aufgelegt. Insgesamt seien über 4,5 Mrd. Euro für die Kultur zur Verfügung gestellt worden. Das sei im internationalen Vergleich herausragend. Trotzdem bleibe die Branche belastet, im Moment durch die Energiekrise. Es gebe daher viel zu tun, um die Kultur- und Kreativbranche ebenso wie die staatliche Kultur in ihrer Vielfalt zu erhalten.

Abg. Mörseburg macht auf die wirtschaftliche Bedeutung des Kultur- und Kreativsektors aufmerksam und betont, die Rahmenbedingungen müssten stimmen. Kulturbetriebe brauchten Fachkräfte, es gehe nicht zuletzt um Ausbildung. Abg. Mörseburg verweist auf das duale System der Berufsausbildung, das auch in der Kultur- und Kreativbranche für viele Bereiche sehr wichtig sei.

Besonders am Herzen liege seiner Fraktion die Kultur im ländlichen Raum. Befänden sich CDU und CSU in Bund und Ländern in der Regierung, würden Programme zur Förderung der Kultur im

ländlichen Raum aufgelegt.

Im Vordergrund stehe das Grundprinzip einer staatsfernen und unabhängigen Kultur. Dieser Grundsatz gelte auch für die Medien, mit denen sich der Ausschuss ebenfalls beschäftige. Hinzu komme das Prinzip der Subsidiarität. Die Kulturhoheit liege grundsätzlich bei den Ländern. Nur Herausragendes, national oder international Relevantes werde auf Bundesebene beschlossen, die Erinnerungspolitik gehöre beispielsweise in diesen Bereich. Ansonsten trügen Länder und Kommunen die Verantwortung für die vielfältige Kultur, die es in Deutschland auch regional gebe.

An den Schluss setzt Abg. Mörseburg ein Plädoyer für einen (reformierten) öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zuständig seien dafür allerdings ebenfalls die Länder.

Die **Vorsitzende** bittet um weitere Antworten auf die gestellten Fragen.

**Ingo Mix** (Abteilungsleiter, BKM) geht auf die Hilfsprogramme ein, die während der Corona-Pandemie initiiert wurden. Das „Neustart Kultur“-Programm sei mit einem Volumen von 2 Mrd. Euro mithilfe des Parlaments aufgelegt worden. Das sei ein unglaublich hoher Betrag gewesen in Relation zur gesamtstaatlichen Kulturförderung von 14,5 Mrd. Euro. 78 Programme seien zielgerichtet für die einzelnen Sparten aufgelegt worden. Auch einzelne Künstler/-innen seien unterstützt worden. Herr Mix fächert das Spektrum der Hilfsmaßnahmen auf und gibt an, es seien 80.000 Anträge gestellt worden, das Programm sei drei Jahre lang ab Sommer 2020 bis Juni 2023 gelaufen.

Der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen sei mit 2,5 Mrd. Euro ausgestattet worden. Damit habe das Risiko abgedeckt werden sollen, dass in der Pandemie Veranstaltungen kaum planbar gewesen seien. Es habe eine Wirtschaftlichkeitshilfe für Kleinveranstaltungen und eine Ausfallabsicherung für Großveranstaltungen gegeben. Für die Kulturlandschaft in Deutschland seien die Hilfen sehr wichtig gewesen. Sie hätten dazu



beigetragen, dass freie Künstler/-innen einigermaßen durch die Pandemie gekommen seien und die großen Einrichtungen überlebt hätten. Auch die Veranstaltungswirtschaft habe den Boden unter den Füßen behalten.

Inzwischen gebe es mit dem Kulturfonds Energie ein drittes Förderinstrument, aufgesetzt um die gestiegenen Energiekosten abzufedern. Es seien bis zu 1 Mrd. Euro bereitgestellt, um Mehrbedarf abzufedern.

**Anke Reiffenstuel** (AA) weist auf Möglichkeiten hin, Expertennetzwerke aufzubauen und Unterstützung durch Experten im Kulturbereich zu organisieren. In Georgien sei das AA sehr gut aufgestellt, weil man dort auf der Basis eines 2022 unterzeichneten Kulturabkommens arbeiten könne. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) bringe ein Netzwerk von 600 georgischen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Studierenden ein. Es gebe Hochschulkooperationen sowie Partnerschulen, in denen der Deutschunterricht gefördert werde. Zu Expertennetzwerken trügen auch das Deutsche Archäologische Institut und andere bei.

Erfreulich sei das geäußerte Verständnis für die Reform des GI, wo es eben nicht um Kürzungen oder um Schließungen gehe, sondern um eine Neuaufstellung. Ziel sei es, im Ausland eine leistungsfähige Kulturpolitik zu ermöglichen. Im östlichen Europa sei das AA dafür stark aufgestellt.

In der Pandemie sei auch die AKBP finanziell unterstützt worden, über zwei Nachtragshaushalte hinweg mit knapp 140 Mio. Euro. Mit dem Geld seien beispielsweise Schließungen von Goethe-Instituten oder Auslandsschulen verhindert worden. Ein zweites Instrument sei der internationale Hilfsfonds für Organisationen aus Kultur und Bildung gewesen. Über diesen Fonds seien 3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden. Mit Partnern habe das AA darüber hinaus einen internationalen Hilfsfonds aufgelegt, der Partnerstrukturen außerhalb der EU unterstützt habe. Damit habe man dazu beigetragen, dass Organisationen in diesen Ländern ihre Arbeit hätten

fortsetzen können, um künstlerischen Austausch zu erhalten.

**Ellen Ahbe** (Bundesverband Soziokultur) weist darauf hin, dass sich die eine Hälfte der soziokulturellen Zentren in Städten und die andere Hälfte in ländlichen Räumen befänden. Die Kulturarbeit sei dort demokratisch geprägt. Die Inhalte der Programmarbeit seien daher von denjenigen abhängig, die die Häuser besuchten.

Während der Pandemie sei es ermöglicht worden, insgesamt 100 Mio. Euro in soziokulturelle Zentren zu investieren und ihre Programmarbeit zu unterstützen. So seien digitale und mobile Angebote entwickelt worden. Der Bundesverband unterstütze Modellprojekte, beispielsweise um nachzuweisen, dass Kunst und Kultur in Stadtteilen mit schwierigen Lebensverhältnissen dazu beitragen, den Zusammenhalt zu fördern.

Frau Ahbe skizziert die Arbeitsweise des Bundesverbands, der sich sehr eng mit den soziokulturellen Zentren austausche. Auch mit den Bundesländern arbeite der Verband eng zusammen. Momentan gehe es darum, eine Strukturförderung für soziokulturelle Zentren zu entwickeln, um die derzeit übliche temporäre, unsichere Finanzierung zu überwinden. Angestrebt werde eine langfristige Basisförderung, die Raum für große Eigenverantwortung lasse.

Frau Ahbe erwähnt am Ende ihres Beitrags ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Goethe Institut in Thessaloniki, das die Robert Bosch Stiftung über fünf Jahre finanziert habe. In jedem Jahr seien 30 griechische angehende Kulturmanager/-innen in die soziokulturellen Zentren gekommen und hätten deren Arbeit kennengelernt. Anschließend hätten diese Leute in Griechenland, von griechischen Stiftungen finanziert, soziokulturelle Vorhaben umsetzen können. Dieser Austausch sei unglaublich interessant gewesen.

Die **Vorsitzende** moderiert den weiteren Fortgang der Sitzung und lädt die georgischen Abgeordneten ein, erneut das Wort zu ergreifen.





**Baya Kvitsiani** (Mitglied des Ausschusses für Kultur im georgischen Parlament) berichtet, in Tiflis gebe es einen Fonds, aus dem die öffentliche Kunst gefördert werde (Tbilisi Public Art Fund). Allerdings sei dieser Fonds bei der Stadtverwaltung angesiedelt und nur für die Hauptstadt zuständig. Projekte würden ausgeschrieben, Entscheidungen von Jurys getroffen. Deshalb habe sie nachgefragt, wie die Förderfonds in Deutschland die Zusammenarbeit mit den Kommunen im ganzen Land organisierten. In Georgien gebe es in Kunst und Kultur eine Konzentration auf den städtischen Raum. Wenig Kulturförderung komme in der Fläche an, deshalb seien andere Modelle interessant.

Frau Kvitsiani fragt, ob im deutschen Förder-system auch kommerzielle Projekte antragsbe-rechtigt seien oder nur künstlerische Arbeit ohne Gewinnabsicht gefördert werden könne. Außer-dem erkundigt sie sich nach der Möglichkeit, Bildungsprojekte zu unterstützen sowie nach Kriterien, nach denen der Erfolg einer Förderung bewertet wird, auch im Hinblick auf die Kreativ-wirtschaft.

Weitere Erkundigungen holt sie zum Urheberrecht ein. In Georgien seien die Urheberrechte gerade grundlegend reformiert worden. Zuvor habe es Missbrauch gegeben, Autoren hätten sich Hilfe suchend an den Kulturausschuss gewandt. Inzwischen seien die Rechte systematisiert, sei das One-Stop-Shop-Prinzip eingeführt und seien rechtliche Grundlagen für eine Verwertungsgesellschaft gelegt. Frau Kvitsiani will daher wissen, welches System zur Wahrung kollektiver Rechte in Deutschland gilt und ob es eine oder mehrere Verwertungsgesellschaften gibt.

**Rostom Chkeidze** (Mitglied des georgischen Parlaments) erklärt, er habe die Veranstaltung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und einen guten Einblick in die deutsche Situation erhalten. Es seien viele gemeinsame Interessen erkennbar. Deshalb dürfe es nicht bei dem einmaligen Aus-tausch bleiben, sondern müsse die Zusammen-arbeit zugunsten einer freien Kultur und einer freien Literatur fortgesetzt werden.

**Eliso Bolkvadze** (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur im georgischen Parlament) fragt nach dem Goethe Institut, dessen wichtige Arbeit sie aus Tiflis kenne. Allerdings wisse sie nicht genau, ob sich Abgeordnete an das Goethe Institut wenden könnten, beispielsweise um Berater/-innen mit Expertise zu finden. Wie das Goethe Institut konkret helfen könne, sei hier die Frage.

Während der Sitzung sei betont worden, dass die Kultur und die Kreativwirtschaft unbedingt frei sein müssten. Aber: Wer bestimme die Richtung? Frau Bolkvadze will wissen, wie der deutsche Ausschuss Einfluss nimmt und welche Positionen er vertritt. Sie interessiert, ob es in Deutschland weitere Institutionen auf Bundesebene gebe, die ebenfalls die Richtung beeinflussten. Natürlich gehe es nicht darum, eins zu eins deutsche Modelle in Georgien zu übernehmen. Aber es helfe enorm, von deutschen Erfahrungen zu profitieren.

Die **Vorsitzende** geht auf Fragen der Gäste ein und konzentriert sich zunächst auf das Urheberrecht. Im Urheberrecht gebe es sehr differenzierte Regelungen. So existiere im Bereich Musik mit der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungs-rechte) eine spezielle Organisation, die Vergü-tungsansprüche für die Aufführung von Musik durchsetze und die Erlöse anschließend auf die Urheber/-innen verteile. Das etablierte System werde gegenwärtig durch Streaming und KI-generierte Musik herausgefordert. Es gebe viele weitere Probleme mit Bezug zu den Urheber-rechten, beispielsweise im Social-Media-Bereich und im Hinblick auf die Rolle von Plattformen. Der Ausschuss widme sich den Fragestellungen oft in Fachgesprächen und überlege gesetzliche Regelungen.

Das Thema sei umfassend und vielschichtig, es werde in der kurzen Sitzung nicht bearbeitet werden können. Unter den Abgeordneten gebe es jedoch Spezialistinnen und Spezialisten. Die Vorsitzende erklärt das Berichterstattersystem des Deutschen Bundestages und bietet den Gästen an, im Nachgang jene Themen zu identifizieren, zu denen die georgischen Abgeordneten sich mit



ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen vertieft austauschen wollten. Sie sei gern bereit, diese Zusammenarbeit zu koordinieren.

Nach diesem Modell ließe sich womöglich auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ausschüssen organisieren. Personen, die sich besonders für definierte Themen interessierten, könnten sich austauschen und gegenseitig besuchen.

Wenn vonseiten der Gäste nach Expertinnen und Experten gefragt worden sei, seien damit wohl nicht DAAD-Netzwerke und Kontakte der Goethe-Institute in die Zivilgesellschaft gemeint gewesen. Offenbar sei es eher darum gegangen, unmittelbare Kontakte in die KSB zu ermöglichen, sollte es in Georgien Überlegungen für eine ähnliche Stiftung geben. Gleiches gelte, sollte das georgische Parlament sich überlegen, Kulturfonds zu gründen. Diese seien in Deutschland im Übrigen auf Initiative des Parlaments entstanden. Inzwischen kämen neue hinzu: der Amateurmusikfonds und der Festivalförderfonds. Solche Dinge könne das Parlament anstoßen, die Exekutive müsse dann umsetzen.

Ob es in solchen Konstellationen denkbar sei, ein, zwei Personen, die diese Fonds praktisch organisieren, nach Georgien zu schicken, um Optionen zu diskutieren, werde zu prüfen sein. Der Ansatz sei jedenfalls verstanden. Die SPK arbeite schon mit georgischen Partnern zusammen. Wenn von georgischer Seite gewünscht sei, sich über Strukturveränderungen in der Museumslandschaft mit deutschen Praktikern auszutauschen, sei so ein Austausch durchaus denkbar. Der Ausschuss setze sich gern dafür ein, brauche allerdings Unterstützung durch die Exekutive. Vielleicht gebe es auch die Möglichkeit, auf dem Weg nach Europa für solche Experten-Kooperationen europäisches Geld zu generieren. Es bleibe die Aufgabe, im Nachgang zur Ausschusssitzung praktische Wege zu finden, wie die Zusammenarbeit verstetigt und praxisorientiert gestaltet werden könne.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen und erteilt das Wort.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP) berichtet, er bringe frische persönliche Eindrücke von einer Reise nach Tiflis mit, einer wunderbaren Stadt in einem wunderbaren Land. Er gratuliere zu der Empfehlung der Europäischen Kommission, Georgien den Kandidatenstatus zuzuerkennen. Nun komme es auf den Rat und dessen Entscheidung an. Die Bürger/-innen Georgiens seien sehr mutig, träten für ihre Freiheitsrechte ein und kämpften für eine europäische Perspektive.

Die AKBP bilde die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Sie wirke in vielen Ländern der Welt. Geworben werde damit für Demokratie, Freiheit und für die Grundwerte, auf denen Deutschland und die Europäische Union basierten. In diesem Kontext agierten die Goethe-Institute. Das GI in Tiflis sei nicht von Budgetkürzungen betroffen. Im Gegenteil, es habe einen europäischen Auftrag übernommen. Die Zusammenarbeit vor Ort gelinge über viele Themenfelder. So würden deutsche Beiträge beim Filmfestival in Tiflis gezeigt, es werde aber auch die Kultur- und Kreativwirtschaft berücksichtigt. Deutschland messe Georgien und der Region eine weiter wachsende Bedeutung zu auf dem Weg in die Europäische Union.

Die **Vorsitzende** skizziert, wie der Ausschuss mit der BKM zusammenarbeitet. Natürlich unterstützen die Fraktionen der Regierungskoalition in der Regel ihre Minister/-innen. Trotzdem bleibe Raum für Kritik. Außerdem setze der Ausschuss eigenverantwortlich Themen. Einem Wunsch der BKM, im Ausschuss zu berichten, komme der Ausschuss meist nach, die Tagesordnung konzipiere er aber völlig frei. Aufgesetzt würden entweder durch das Plenum überwiesene Vorlagen oder relevante Themen wie künstliche Intelligenz oder Urheberrechte, Filmförderung oder Bundeskulturfonds. Was läuft gut, wo braucht man mehr Geld, welche Inhalte werden gut angenommen? Solche Fragen stelle der Ausschuss und könne dabei durchaus anderer Auffassung sein als die Staatsministerin. Abweichende Auffassungen könnten sich dann beispielsweise in Haushaltsbeschlüssen niederschlagen. Außerdem gelte das Strucksche Gesetz, benannt nach Peter Struck, einst u. a. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion: Kein Gesetz verlasse den



Bundestag so, wie es eingebracht wurde. Gesetze würden im parlamentarischen Verfahren zum Teil deutlich verändert, und diese Arbeit werde in den Fachausschüssen geleistet.

Die Vorsitzende erkundigt sich, ob es weitere Fragen oder Diskussionsbeiträge gebe, verweist auf weitere Gelegenheiten, im Gespräch zu bleiben und bedankt sich für die gemeinsame Sitzung. Sie betrachte diese Sitzung als Auftakt für eine gute Zusammenarbeit, auf die sie sich gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen freue.

**Eliso Bolkvadze** (Vorsitzende des georgischen Ausschusses für Kultur) dankt für die sehr interessante, spannende und historische Sitzung. Sie spricht die Hoffnung aus, dass man sich bei einem Gegenbesuch in Georgien wiedersehen werde, um die Zusammenarbeit fortzusetzen.

#### **Tagesordnungspunkt 2**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2023**

**BT-Drucksache 20/8600**

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt**

Schluss der Sitzung: 16:40 Uhr

Katrin Budde, MdB  
**Vorsitzende**

**Kenntnisnahme bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

#### **Tagesordnungspunkt 3**

Entschließungsantrag der Abgeordneten Sören Pellmann, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**

**- Drucksache 20/8600 -**

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2023**

**BT-Drucksache 20/8868**

**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/8868 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**